

# Verführerin Utopia

**Wer die perfekte Welt zum Massstab nimmt, erblickt überall Mängel und Missstände.  
Eine Denkweise, die zielsicher zu Enttäuschung und zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.**

*von Giuseppe Gracia*

**E**s gibt einen sicheren Weg, eine gut funktionierende Familie zu ruinieren. Man muss dazu nur das Utopiaprinzip anwenden: Ich nehme dazu meinen real existierenden Lebenspartner, der zwar liebevoll ist, aber nicht immer, zwar eine Hilfe, aber nicht immer, der Stärken hat, aber auch Schwächen und Fehler – und vergleiche ihn in jedem Detail mit einem idealen Traumpartner. Schon nimmt die Enttäuschung über den realen Partner täglich zu. Das Gleiche mache ich mit meinen Kindern, Geschwistern, Eltern, Freunden, Mitarbeitern. Verglichen mit Menschen aus der Traumfabrik mutieren alle realen Menschen zu Sonderlingen, Spiessern, Neurotikern, Halbgestörten, Totalgestörten. Wer nach Imperfektionen sucht, wird welche finden: Verglichen mit der Utopie einer Familie ohne Abgründe sind wir alle irgendwie gestört. Der Wunsch nach einer besseren Familie ist nichts anderes als der Wunsch nach einer besseren Menschheit.

Wenden wir dieses Prinzip auf die gesamte Gesellschaft an, führt dies zu wachsender Empörung über die westliche Kultur. Wir entdecken immer neue Schattenseiten und Ungerechtigkeiten. Imperialismus, Raubtierkapitalismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Islamophobie: Die Liste lässt sich endlos ausbauen. Verglichen mit Utopia ist jedes real existierende Gesellschaftssystem mangelhaft und kann nur verlieren. Zum Utopiaprinzip dazu gehört nicht nur, dass man die Realität in Europa oder den USA grundsätzlich mit der Wunschrealität vergleicht, sondern auch, dass man die Realität anderswo auf der Welt ausblendet.

Menschenrechte, Wohlstandsniveau, Radikalisierungsgefahr, Feminismus in islamisch dominierten Ländern? Imperiales Gehabe und Klimasünden in China oder Russland? «Nein, das ist nicht das Thema», heisst es dann sogleich. Es darf nicht das Thema sein, denn verglichen mit dem Rest der Welt würde der Westen relativ gut abschneiden. Es würde sich zeigen, dass jüdisch-christliche Werte, Liberalismus und Kapitalismus keine so schlechten Grundlagen sind, um eine Gesellschaft zu gestalten. Ein solcher Realvergleich der Kulturen ist jedoch nicht erwünscht. Statt mit dem real existierenden Sozialismus wie in Nordkorea oder Venezuela wird der real existierende Kapitalismus lieber mit

einem idealen, theoretischen Sozialismus verglichen, wie er nur in den schönsten Träumen vorkommt.

## Überhöhte Missstände

In Europa und den USA leben einige politische Bewegungen davon, den Westen grundlegend in Frage zu stellen, Bewegungen, die den medialen und kulturellen Mainstream prägen und Anklageschriften gegen alle möglichen Missstände vortragen, Missstände, die durch ideologisch getriebene Narrative von Aktivisten, Politikern, Professoren oder Kulturschaffenden ins Verdammenswerte überhöht werden. Je konsequenter das Utopiaprinzip angewendet wird, desto leichter gelingt es. Zum Beispiel beim Thema Kapitalismus: Man prangert die Missstände einer liberalen Wirtschaftsordnung an, etwa das Fehlverhalten ausbeutender Arbeitgeber oder global agierender Konzerne. Dabei berücksichtigt man nicht die Vorteile freier Märkte oder des Schutzes von Privateigentum oder die Wirkung freien Wettbewerbs auf kreative Forschung, Erfindungen oder Massenwohlstand. Man vergleicht sie nicht mit der Realität in sozialistischen, kommunistischen oder islamischen Ländern. Man fragt nicht, wie es um technischen oder medizinischen Fortschritt, um Massenwohlstand oder individuelle Freiheit in nichtkapitalistischen Ländern bestellt ist. Man versucht nicht zu sehen, welches System für das Leben der Mehrheit besser ist, sondern man vergleicht die Realität der westlichen Gesellschaft mit einer utopischen, von Unrecht und Armut vollends gereinigten Gesellschaft, die so nirgendwo existiert.

Man kämpft gegen Rassisten oder Sexisten und blendet aus, dass es im Westen, weltweit gesehen, mit Abstand am wenigsten Rassismus und Sexismus gibt. Man vergleicht die westlichen Umweltstandards nicht mit den Standards in China, Indien oder Russland, sondern man fragt: Wie lange wird es dauern, bis Europa und die USA emissionsfrei sind? Es dominiert dabei die sogenannte «Non-Human-Perspective», mit der die Auswirkungen der Menschheit auf die Umwelt nach dem utopischen Ideal einer Umwelt ohne Menschen und ihre Maschinen beurteilt werden. Man fragt nicht: Wie viele Jobs, wie viel Gesundheit und Schutz gegen Kälte und Sturm bringen

geheizte Häuser in Entwicklungsländern? Wie viele Millionen Menschenleben wurden so gerettet? Wie viel Grundversorgung und Sicherheit hat die Energiewirtschaft seit Beginn der industriellen Revolution ermöglicht? Wie viel medizinischen Fortschritt hat die Chemieindustrie ermöglicht? All das interessiert nicht, sondern man fragt: Wie wäre es, wenn alle diese Techniken und Umweltbelastungen nicht wären? Ginge es dem Wald, dem Meer und allen Tieren nicht besser? Und letztlich: Können wir nicht so leben, als wären wir gar nicht da, so dass der Planet seine Ruhe hat? Auch hier also die Utopie eines

«Politik darf nicht versuchen, eine Wunschmenschheit zu konstruieren, sondern sie muss den real existierenden Menschen dienen.»

**Giuseppe Gracia**

unberührten Paradieses für Tier und Umwelt, ohne die Zumutungen realmenschlicher Zivilisation.

Das Utopiaprinzip kennt viele politische Felder. Meist wird es von Parteien und Aktivisten angewendet, die jüngere Menschen in urbanen Gebieten ansprechen. Viele von ihnen sind erfolgreich davon überzeugt worden, dass der Westen verantwortlich sei für globale Ungerechtigkeiten und Umweltkrisen und dass politische Programme aus dem linksgrünen Spektrum Abhilfe schüfen dagegen. Das ist erstaunlich, wenn man einen genaueren Blick auf diese Programme wirft.

### Identity Socialism

Die Ideologie dahinter könnte als «Identity Socialism» bezeichnet werden. Hierbei handelt es sich einerseits um Versatzstücke des bekannten Sozialismus: die Idee eines Staates als Vormundschaftsbehörde für das richtige, gute Leben seiner Bürger. Andererseits geht es um Identitätspolitik. Die einzelnen Menschen

werden nicht mehr als Individuen adressiert, sondern als Teil einer (homogenen und diskriminierten) Gruppe. Die Gesellschaft wird eingeteilt in unterdrückte und unterdrückende Gruppen, deren Interessen sich angeblich in einem Machtkampf gegenüberstehen. Reiche gegen Arme, Frauen gegen Männer, Weisse gegen Nichtweisse, Heterosexuelle gegen Nichtheterosexuelle. Der Staat wacht über diesen Kampf als Richter und strafende Gouvernante. Identity Socialism bedeutet in letzter Konsequenz das Ende des Rechtsstaates, denn dieser lebt von universalen Prinzipien und muss alle Bürger gleich behandeln. Er darf nicht zulassen, dass es zur Beurteilung einer Person wesentlich ist, ob diese weiss, männlich und hetero ist oder ob sie schwarz, weiblich und lesbisch ist. Wie sollte eine Gesellschaft, die solche Unterschiede zu einem neuen Machtkampf hochstilisiert, das Zusammenleben besser und friedlicher machen?

Dessen ungeachtet findet das Utopiaprinzip im medialen Mainstream Anklang und sorgt bei vielen – die im Westen leben und von seinen Errungenschaften gut leben – für eine negative, ablehnende Stimmung gegenüber dem Westen. Es stellt sich daher die Frage, was liberale und bürgerliche Kräfte in dieser Situation tun können. Wie reagieren, wenn öffentlich die Rede ist vom «systemimmanenten» Rassismus, Sexismus oder Imperialismus des Westens? Das ist keine einfache Frage. Auffällig ist jedenfalls, dass es in grossen öffentlichen Foren bisher kaum nennenswerten Widerstand dagegen gibt. Im Gegenteil: Die bürgerlich-liberalen Akteure wirken oft handzahn und ängstlich. Wie könnten sie öffentlich mehr Überzeugungskraft gewinnen? Vielleicht würde es helfen, zuerst einmal das Utopiaprinzip klar zu benennen und, wo immer es angewendet wird als Mittel guter, verantwortungsvoller Politik, zurückzuweisen. Die bürgerlich-liberale Seite könnte den Menschen zeigen: Wirklichkeitsferne, ideologische Ansätze helfen nicht, sondern spalten und sorgen für ein vergiftetes Klima.

Politik darf nicht im Dienst von Utopien stehen und versuchen, eine Wunschmenschheit zu konstruieren, sondern sie muss den real existierenden Menschen von heute dienen. Politik soll ein kompromissorientiertes Handwerk sein zum Ausgleich von Interessen. Sie kann zwar nicht auf engagierte Nüchternheit und Gelassenheit verzichten, kann aber gut ohne Moralismus und anklägerischen Rigorismus auskommen. Frei nach der Devise von Winston Churchill: «Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, abgesehen von allen anderen.» Das ist ein brauchbarer Ansatz, um die Errungenschaften des Westens zu verteidigen: «Liberalismus und Kapitalismus sind die schlechtesten Systeme, um eine Gesellschaft zu gestalten, abgesehen von allen anderen.» ◀

---

### Giuseppe Gracia

ist Schriftsteller, Publizist und Medienbeauftragter des Bistums Chur. Sein Roman «Der letzte Feind» ist erschienen im Fontis-Verlag (2020).